



„Wir alle sind Schleswig-Holsteiner“

Von Flüchtlingen aus afrikanischen, nah- und mittelöstlichen, kaukasischen und europäischen Kriegsschauplätzen überfüllte Erstaufnahmestellen, Proteste gegen Pläne zur Verbringung Asylsuchender auf nordseeische Eilande, rassistisch motivierte Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, prekäre Bedingungen in Heimen und bei der Versorgung von Familien, erste Kirchenasyle und erhebliche rechtliche Beratungsbedarfe Betroffener in Zeiten absehbarer Entkernung des Asylgrundrechts prägten die Arbeit schleswig-holsteinischer Flüchtlingsinitiativen vor 20 Jahren.

Die Gründung des Flüchtlingsrates Ende der 1980er Jahre hatte insbesondere die Vernetzung und fachliche Zuarbeit für die zahlreichen in Kreisen und Städten engagierten Unterstützerinnen und Unterstützer sowie die regelmäßige Lobbyarbeit gegenüber zuständigen Behörden und der Politik zum Ziel. Das sind auch nach 20 Jahren immer noch die Kernaufgaben des 1991 ins amtsgerichtliche Register eingetragenen Vereins Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Im Rhythmus der an anderen Weltenorten grassierenden Fluchtgründe kommen von Hoffnung Getriebene weiterhin ins Land und erfahren umgehende Ernüchterung. Denn der von faktischer Asylverweigerung, amtlichem Misstrauen, sozialer und medizinischer Schlechterstellung, Ausgrenzung aus Arbeit und Bildung sowie ständiger Angst vor der Abschiebung gekennzeichnete Lebensalltag von Flüchtlingen ist – trotz erfolgter Zuwanderungsgesetznovellen, Härtefallkommissionen oder Bleiberechtsregelungen – seit 20 Jahren weitgehend unverändert.

Der zuständige Kieler Justizminister Emil Schmalfuß erklärte dieser Tage, „Integration wird nur gelingen, wenn Teilhabe und Vielfalt strukturell wie emotional gelebt werden.“ Der ‚Aktionsplan Integration‘ der Landesregierung zielt deshalb auf die Realisierung von Chancengerechtigkeit sowie auf den Aufbau einer Willkommenskultur. „Und es geht emotional um ein neues Wir-Gefühl, das deutlich macht: Wir alle sind Schleswig-Holsteiner“, so Schmalfuß weiter und lässt allerdings unerwähnt, dass Flüchtlinge und Asylsuchende vom Aktionsplan kaum gemeint sind. Der Flüchtlingsrat und seine Kooperationspartner sind indes überzeugt, dass anstatt sie in den jahrelangen Wartestand zu verbannen, den ins Land kommenden Flüchtlingen von Anfang an Integrationsangebote offen stehen sollten. So würde Chancengerechtigkeit und gleiche soziale Teilhabe garantiert und gleichwohl gesellschaftlichen Bedarfen Rechnung getragen.

Der politischen Klasse stünden mehr Mut und soziale Weitherzigkeit gut zu Gesicht. Doch die Gesetzes- und Verordnungslage des Bundes und der Länder

reduziert EinwanderInnen und andere Menschen mit Migrationshintergrund auf ihre marktfähigen Potentiale oder auf ihre Rolle als Adressaten restriktiver Sanktionskataloge. Die Vorbehalte Betroffener gegen die sich ihnen stellende Mischung aus Ablehnung und Assimilationsdruck werden allzu gern als Integrationsverweigerung, Traumatisierte gar als Simulanten verunglimpft. Rechtliche Hürden bei Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugängen bleiben kaum angetastet. Gleichzeitig werden Zuwanderungsbedarfe und die vermeintliche Konkurrenz auf dem Fachkräftemarkt gegeneinander ausgespielt. Studien beklagen die Benachteiligung von jungen MigrantInnen im deutschen Bildungssystem. Gerichte scheuen die wirksame Durchsetzung migrantischer Partizipationsansprüche auf Grundlage des Gleichbehandlungsgesetzes. Dass EU-Bürger Freizügigkeit genießen, erleben die den Diskriminierungen in ihren EU-Heimatländern entfliehenden Roma nicht wirklich. Nicht geringen Teilen der Politik und Öffentlichkeit gelten zudem moslemische Menschen allenfalls als Sicherheitsrisiken. Aber Rechtsextremisten können jahrelang von Ordnungsbehörden weitgehend unbehelligt unter Menschen mit Migrationshintergrund herumtöten. Bei weltweit wachsendem globalisierungs- und klimabedingtem Migrationsdruck geht die Demontage des nationalen Asyls und die multilateral abgestimmte Politik der Abschottung gegen nicht marktfähige Flüchtlinge weiter. Der vermeintlich einzige Ausweg vor der Abschiebung führt immer mehr Betroffene in die Sackgasse Illegalität.

Die so verstandenen Spaltungsbotschaften kommen in der Bevölkerung an. Rechtspopulistische Einstellungen verbinden sich auffallend dynamisch mit islamfeindlichen, antisemitischen und xenophoben Ressentiments. Organisationen, die sich um nachhaltig wirksame Unterstützung von Flüchtlingen und diesbezügliches Bürgerengagement kümmern, werden die öffentlichen Fördermittel gestrichen.

Tatsächlich ist allerdings nicht nur wegen demographischer und ökonomischer Bedarfe die Intensivierung von Einwanderung unumgänglich, sondern auch mit Blick auf den dringenden Mehrbedarf an humanitärer Flüchtlingspolitik und eingedenk der Vorteile einer von Vielfalt und Solidarität gekennzeichneten bundesdeutschen und europäischen Gesellschaft wünschenswert.

Martin Link
Kiel, den 11. November 2011